

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

75 (31.8.1946)

Verlag: Badendruck GmbH. Karlsruhe, R. Lammstraße 1b-5. Tel. 4051/53. Druckweise: 3mal wöchentlich. Bezugspreise: für Pflanzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

1. Jahrgang Karlsruhe, Samstag, 31. August 1946 Nummer 75 Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,60 zuzüglich RM 0,30 Zustellgebühr. Anzeigenpreis: Die 10sp. Nonp.-Zeile RM 2,- in Sonntagsausg. RM 1,-. Amtl. Anz. die Hälfte.

Grenz- und Reparationsfragen auf der Pariser Konferenz

Bildung einer Reparationskommission abgelehnt — Zerstörung italienischer Befestigungen an französischer Grenze — Keine Einigung der Großen Vier

Paris, 30. August. (dona) Am Mittwoch tagten die Wirtschaftsminister der vier Großen in der Pariser Konferenz. Der französische Vorschlag, eine Reparationskommission zu bilden, wurde abgelehnt. Die italienischen Reparationsforderungen wurden nicht diskutiert. Die amerikanische Delegation erklärte, dass die Reparationsfragen nicht im Rahmen der Pariser Konferenz zu diskutieren seien.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Aus aller Welt

Paris. Die z. Zt. in der franz. Hauptstadt tagende internationale Sozialistenkonferenz faßte beim Beschluß ihres zwölften Treffens zwei Resolutionen, in denen sie die Besetzung des Franco-Regimes in den Besatzungszonen der Lebensmittellieferung in der Sowjetunion bis zum Jahre 1947 verbot. Moskau. Infolge der anhaltenden Trockenheit in weiten Gebieten der Sowjetunion hat das Präsidium des Obersten Sowjets auf Antrag des Ministerrates der Sowjetregierung die Beibehaltung der Lebensmittellieferung in der Sowjetunion bis zum Jahre 1947 verbot.

Letzte Neuigkeiten

Stuttgart, 31. August (dona). Der Länderrat trat am Freitag zu einer zweiten außerordentlichen Sitzung in dieser Woche zusammen, in der die Statuten für eine überzonale Verwaltung von Verkehr und Wirtschaft besprochen wurden. Berlin, 31. August (dona). General Pierre Klotz gab am Freitag dem Alliierten Kontrollrat in Berlin die Bildung eines neuen Landes in der französischen Besatzungszone bekannt. Zu dem neuen Land, das die Bezirke Rheinfalz, Koblenz, Mainz, Trier und die Pfalz umfaßt, gehören die Städte Montabaur, Trier und die Pfalz. Hauptstadt wird Mainz sein.

Einheitliche Preise tun not

Preiskontrollkonferenz der vier Besatzungszonen

Berlin, 30. August (dona). Die Preiskontrollkonferenz für alle vier Besatzungszonen Deutschlands wurde am Donnerstag in Berlin eröffnet. Sie ist die erste Konferenz, an der sowohl Vertreter der vier Besatzungsmächte, als auch deutsche Delegierte aus den vier Besatzungszonen Deutschlands teilnahmen. In einer Eröffnungsansprache wies der Leiter der Preiskontrollbehörde der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, Mr. Osterlander, darauf hin, daß ohne einheitliche Preise für die wichtigsten Verbrauchsgüter in allen vier Zonen die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit Deutschlands äußerst erschwert werden würde.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

„Verbrechen bleiben nicht straflos“

Schlußreden der Ankläger - Erzwungene Mitgliedschaft keine Entschuldigung

Nürnberg, 30. August. (dona) Zu Beginn der Donnerstagsitzung behandelte der britische Ankläger Sir David Maxwell-Fyfe in seiner Anklagerede zunächst die Frage der Freiwilligkeit der Zugehörigkeit zur SA. Er zitierte aus dem Verbrechen der SA, daß es eine Anzahl von „Machtübernahmen“ der Waffen-SS gab, die durch die Strafen der SA bewirkt wurden. Jeder, der in einer dieser Organisationen mitwirkte, wurde als Teilnehmer an den Verbrechen der SA angesehen. Die Strafen der SA sind nicht entlastend. „Wir sind immer auf Naziverbrechen stoßen, finden wir SS-Leute daran beteiligt.“ Sir David faßte sodann die Anklage gegen SA, SS und das Korps der politischen Leiter zusammen und betonte, daß sie als zentraler Bestandteil der nationalsozialistischen Elite die gleichen Zwecke und Ziele verfolgten. Die Rechtsinhaber ihrer Gerichte beeinflussten, um sich selbst und ihre Anhänger zu schützen. Die SA war eine Organisation, die die Rechte der Bevölkerung nicht berücksichtigte, sondern sie nur als Mittel zur Verwirklichung ihrer Ziele betrachtete.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Illegale politische Organisation aufgelöst

15 Personen verhaftet — „Wenn der Osten angreift...“

Frankfurt, 30. August. (dona) 15 Personen, die unter dem Verdacht stehen, illegale politische Tätigkeit in dem Gebiet um Stuttgart entwickelt zu haben, wurden am Freitag in Stuttgart verhaftet. Die Verhaftungen erfolgten im Rahmen einer großangelegten Operation der amerikanischen Besatzungsbehörden. Die Verhafteten sind Mitglieder einer Organisation, die sich als „Freies Deutschland“ bezeichnete. Die Organisation wurde als illegale politische Organisation eingestuft. Die Verhafteten sind 15 Personen, darunter 10 Männer und 5 Frauen. Die Organisation wurde als „Freies Deutschland“ bezeichnet. Die Organisation wurde als illegale politische Organisation eingestuft. Die Verhafteten sind 15 Personen, darunter 10 Männer und 5 Frauen.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Unzulänglichkeiten in der Lebensmittellieferung

Eine Erklärung Dr. Dietrichs

Stuttgart, 30. August (dona). Die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Milch bereitet der Regierung große Sorgen, erklärte der Sonderbeauftragte für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermann Dietrich, auf mehrere Anfragen über die in der letzten Zeit beobachteten Unzulänglichkeiten in der Versorgung mit Butter, weil die Landwirtschaft um diese Jahreszeit besonders abgelenkt ist, abzulieferen. Außerdem sind die Bauern stark beunruhigt durch ständige Bemerkungen über eine Neuordnung des Geldwesens. Vielfach ist die völlig unbegründete Meinung entstanden, man halte zweckmäßig besonders das Vieh so lange zurück, bis die Neuordnung erfolgt sei. Infolgedessen war es notwendig, in der Erfassung von Vieh neue Wege einzuschlagen und bei der Erfassung der Milch Maßnahmen zu treffen, die den weiteren Rückgang der Milchlieferung verhindern. Vorübergehend war die Ablieferung von Milch und damit Butter sowie von Fleisch so weit gesunken, daß die Rationen nicht mehr termingemäß ausgeben werden konnten. An unzureichender Auslieferung von Fleisch hat besonders Bayern zu leiden gehabt und dies trotz seines außerordentlich hohen Großviehbestandes von 3 700 000 Stück.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Der australische Delegierte Hodgson versuchte seinen Antrag zu verteidigen und erklärte, dass er nicht erfahren habe, aus welchen Gründen die vier Außenminister das Platon des Mont Genis Frankreich zugesprochen hätten. Griechenland verteidigt Reparationsforderungen. Der griechische Delegierte bekräftigte auf der Sitzung des Wirtschaftsministeriums für den Balkan die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Jugoslawien und verteidigte sich gegen die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow, dass die griechischen Reparationsforderungen durch „Habsucht“ gekennzeichnet seien.

Posteinzug in Paris Zeichnung: Stüptitz

Posteinzug in Paris Zeichnung: Stüptitz

Posteinzug in Paris Zeichnung: Stüptitz

Wir glauben an die Vernunft Nürnberg-Prozess

Von Walter Schwandt

Pariser Proteste gegen Italien — Molotov gegen Griechenland — Scharf zu Debatte zwischen den Australiern und dem sowjetischen Vertreter Amerikanisch-jugoslawischer Zwischenfall — Sowjetischer in Griechenland fordert seinen Paß — so lauten einige der Zeitungsüberschriften der letzten Zeit, die amnestischen Beweisen, daß in Paris und anderswo starke Spannungen herrschen. Die Scharfe der Auseinandersetzungen hat zwei Reaktionen in der deutschen Öffentlichkeit gefunden. Im allgemeinen herrscht Besorgnis vor, was da werden mag, bei ihnen aber, die nichts wissen und nichts ausgerechnet haben, rührten sich

Vorausgesetzt sei, daß Probleme der Art, wie sie in Paris zur Debatte stehen, für die Beteiligten von so immenser Bedeutung sind, daß es ohne gründliche Auseinandersetzungen und sogar solche, bei denen es mitunter hart auf hart geht, nicht abgehen kann. Zugabe, daß man es leider erfahrungsgemäß wie jetzt in gespanntesten Situationen der Punkte im Palast fällt. Daß viele Besorgnis überfällt, wenn sie sich die tiefgehenden Gegensätzlichkeiten vorzuzugewöhnen, die auf der Pariser Konferenz zutage treten, ist also begründlich und man kann sich vorstellen, daß auf die kürzliche russische Ankündigung von Atombombenexperimenten verwiesen und daraus geschlossen wurde, daß der Besitz einer Waffe auch zur Anwendung derselben verleite. Die Überlegungen der Besorgten erscheinen also nicht völlig abwegig. Die Gedanken gehen aber, die sich aus Spannungen und der Existenz heillosen Verhängnisvollen und unvorstellbar tödlich zugleich. Nichts ist dümmere als die Ansicht, Deutschland werde von der einen oder der anderen Macht als Bündnispartner gesehen werden und habe so die Chance, eines Tages mit den Siegerstaaten zu rechnen. Mit einer Bündnispartei Deutschlands hoffentlich für alle Zeiten. Den Fall einmal gesetzt, es käme wirklich zu dem von den Törchten erhofften Krieg zwischen Ost und West, so wäre die einzige Folge für Deutschland die, daß es Kriegeschauplatz sein und am Kriegesende in einer menschenleeren Wüste verwandelt sein würde. Die Hoffnungen der Unvernünftigen sind zu unsinnig, als daß weiteres zu ihrer Widerlegung gesagt zu werden braucht.

Wie aber stellt es um die Berechtigung der Befürchtungen der Besorgten? Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte, daß der Krieg gelehrt werden sollte. Trotzdem hat man immer wieder erlebt, daß Konflikte so heftig wurden, daß sie schließlich den Krieg auslösten. Immer wieder haben Nationen und Staatenrassen ihre Kräfte zusammengeworfen, um die schwachen Mächte des Krieges und der Zerstückung zu entsetzen. Immer wieder waren die Kräfte der Vernunft und Vernichtung gesiegt. Instinkte stärker als die der Vernunft und der Moral, wie immer auch die Begründungen heißen mochten, die von den kriegstreibenden Staaten erhoben wurden. Triebfeder war ein Wettstreit um Macht und Besitz, ein staatlicher und nationaler Egoismus, der, wie viele meinten, unauflösbar ist und allen Kriegszustandvereinbarungen zum Trotz immer wieder Kräfte heraufbeschwört. Es ist nicht man spürt heute alle Bemühungen, den Krieg als Mittel der Auseinandersetzung zwischen den Staaten auszuschalten, mit Zweifel an und hinter die alte Parole „Nie wieder Krieg“ mit einer Skepsis, die nach den Erfahrungen der Jahrhunderte nicht ohne Berechtigung zu sein scheint.

Will man aber den Egoismus als die stärkste Triebfeder menschlichen Handelns setzen (und die mit der aus Menschen bestehenden Staaten), so ist die heutige Situation der Menschheit doch eine hoffnungsvollere Auffassung zu. Denn der stärkste Egoismus des Individuums und der Staaten ist der Wille zum Leben, der sich in allen biologischen, ethischen und moralischen Grundgesetzen des Zeitpunktes aber, zu dem der Krieg unter Verwendung der Atomwaffe mit automatischer Sicherheit die Vernichtung des Lebens in bisher unvorstellbar gewissem Maße gewährleistet, sollte der stärkste Egoismus, der Wille zum Leben, triebföhrer und eine friedliche Ordnung der Welt durchsetzen.

Die Statistik, wieviel an Menschen, an Material und Geld die Kriege der letzten 50 Jahre die Welt gekostet haben, ist noch nicht aufgestellt worden. Der Mensch als homo sapiens, als vernunftbegabtes Wesen, mußte der schrecklichsten Verurteilung, von solcher Statistik mit Entsetzen abwendend und mit dem Entschluß, die der Menschheit in die Hand gegebenen Mittel nicht mehr zu einem Gegeneinander, sondern zur Zusammenarbeit der Völker zu verwenden. Mit der Atomenergie ist die Welt in ein neues technisches Stadium getreten, sie hat mit ihr überwältigende technische Möglichkeiten gewonnen. Die Menschheit mußte an ihrer Vernunft verweifeln, wenn sie zum heutigen Zeitpunkt der Welt ein so schreckliches Organismus formen, aus dessen zu gegebenem Zeitpunkt die Vernichtung der zweiten Etappe die Vereinten Staaten von Europa geboren werden können. Die außer-atomare Welt besteht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, aus riesigen politisch, geographisch und wirtschaftlich getrennten Gebilden. In dieser Welt ist heute das vielstärkste durch Grenzen, Handelsbarrieren und Währungswertunterschieden getrennte Europa ein Anarchismus. In einer Zeit, in der die moderne Fluchttechnik die Erreichung eines anderen Erdteils in Stunden ermöglicht, in der der Funk alle Entfernungen überbrückt, gemacht hat, in der in vor wenigen Jahrzehnten noch mühsamst anmutender Weise der geistige Austausch zwischen den Völkern und damit das gegenseitige Verstehen und Verständigen ermöglicht ist, stellt ein vielstimmiges, untereinander weitgehend abgesprochenes Europa ein Faktum dar, das zwar im Augenblick noch existiert, das aber, auf etwas weitere Sicht gesehen, eine glatte Unmöglichkeit ist. Von einem Vier-Zonen-Deutschland ganz zu schweigen.

Die Neuformierung Europas aus dem chaotischen Wirrwarr und der Not, die Nationalsozialismus und Faschismus verursacht haben, ist eine große und schwer zu lösende Aufgabe. Ohne ein heftiges Aufeinanderprallen der Meinungen und Interessen, ohne Krisen und Gefahrenmomente geht es dabei nicht ab. Aus ihnen besorgte Folgerungen zu ziehen, kann man niemandem verwähren. Es geht um die große Frage, ob alle Praktiken triumviraler werden oder die Vernunft. Wir glauben an den Sieg der Vernunft.

„Nur Gerechtigkeit und Demokratie können einen dritten Weltkrieg verhindern“ Das Protokoll, das der Prozesstelle am 27. August übermittelte wurde, ist unterzeichnet von folgenden Vertretern deutscher Zeitungen und Nachrichtenagenturen: Kettner (Der Silberstreifen), Dr. R. Hütel (Gegner Neue Presse), Reinhold (Radio Stuttgart), Appel („Neue Zeitung“), Bösch (denn), Wisselink („Stuttzarter Zeitung“), Treff („Der Morgen“, Mannheim) und Krumnow („Heilbronner Stimme“).

Generalsekretär Roßmann antwortet Der Generalsekretär des Länderrates, Erich Roßmann, nahm in einer Pressekonferenz am Freitag, 30. August, (denn) im Anschluß an eine Pressekonferenz, die am 23. August im Länderrat stattfand, richteten acht Journalisten deutscher Zeitungen und Nachrichtenagenturen ein Schreiben an die Pressestelle des Länderrates, in dem sie gegen die nach ihrer Ansicht unzureichende Information der deutschen Presse durch die Pressestelle protestierten.

In der regulären wöchentlichen Pressekonferenz des Länderrates am 23. August gab nach Mitteilung der anwesenden Journalisten der Presseferret des Länderrates, Herbert Eckert, sich Schreiben aus, das den Vermerk trug: „Nur zur persönlichen Information nicht zum Abdruck geeignet“. Der stellvertretende Generalsekretär Dr. Hans Wulfoher habe diesen Vermerk dann dahingehend zu erklären versucht, daß auf diese Art und Weise eine „Uniformierung“ der Presse vermieden werden solle. Er habe ferner betont, daß jeder heutzutage seinen eigenen Vorstellungen und Interessen freien Lauf lassen müsse, um so wissen, was vor sich gehe.

Das Protokoll, das der Prozesstelle am 27. August übermittelte wurde, ist unterzeichnet von folgenden Vertretern deutscher Zeitungen und Nachrichtenagenturen: Kettner (Der Silberstreifen), Dr. R. Hütel (Gegner Neue Presse), Reinhold (Radio Stuttgart), Appel („Neue Zeitung“), Bösch (denn), Wisselink („Stuttzarter Zeitung“), Treff („Der Morgen“, Mannheim) und Krumnow („Heilbronner Stimme“).

„Die Generalität ist verantwortlich“ Die Anklage gegen Generalstab und Oberkommando der Wehrmacht

General Taylor, der die rechtliche Stellung der „Gruppe“ der beteiligten Generale im ersten Teil seiner Ausführungen noch einmal definierte, stellte fest: „Wir haben es nicht mit dem gewöhnlichen Masse der Wehrmacht zu tun, der die deutschen Wehrdienstverpflichteten, und zwar dem Offiziers, ehrenreichen und tüchtigsten deutschen Offiziere. Die Mitglieder des Generalstabes und des Oberkommandos der Wehrmacht waren zivile Berufsbeamten, die miteinander um die Ehre, Würde und Ehre eines Offiziers rangkämpften. Sie stiegen in der Wehrmacht zusehender auf, wie ein ehrgeiziges Parteilichem zum Kreisleiter oder Gauleiter aufstiegen ist.“

„Die militärischen Leiter“, so erklärte der amerikanische Ankläger, „beteiligten sich nicht nur an den Plänen, sondern auch an der Ausführung der Verbrechen. Sie befürchteten, in einen Krieg verwickelt zu werden, ehe sie genügend vorbereitet waren, aber sie wollten eine große Armee und die militärischen und strategischen Vorteile, welche durch die Eroberung von Österreich und der Tschechoslowakei für Deutschland entstanden sahen. Wir haben es nicht nur mit den Generalen in Berlin zu tun, sondern auch mit den Kriegsherrn, welche die Wehrmacht im Felde befehligten.“

„Der von der Wehrmacht in den eroberten Gebieten begangenen Verbrechen anderen Angehörigen der Wehrmacht“, so erklärte der amerikanische Ankläger, „beteiligten sich nicht nur an den Plänen, sondern auch an der Ausführung der Verbrechen. Sie befürchteten, in einen Krieg verwickelt zu werden, ehe sie genügend vorbereitet waren, aber sie wollten eine große Armee und die militärischen und strategischen Vorteile, welche durch die Eroberung von Österreich und der Tschechoslowakei für Deutschland entstanden sahen. Wir haben es nicht nur mit den Generalen in Berlin zu tun, sondern auch mit den Kriegsherrn, welche die Wehrmacht im Felde befehligten.“

„Der von der Wehrmacht in den eroberten Gebieten begangenen Verbrechen anderen Angehörigen der Wehrmacht“, so erklärte der amerikanische Ankläger, „beteiligten sich nicht nur an den Plänen, sondern auch an der Ausführung der Verbrechen. Sie befürchteten, in einen Krieg verwickelt zu werden, ehe sie genügend vorbereitet waren, aber sie wollten eine große Armee und die militärischen und strategischen Vorteile, welche durch die Eroberung von Österreich und der Tschechoslowakei für Deutschland entstanden sahen. Wir haben es nicht nur mit den Generalen in Berlin zu tun, sondern auch mit den Kriegsherrn, welche die Wehrmacht im Felde befehligten.“

„Der von der Wehrmacht in den eroberten Gebieten begangenen Verbrechen anderen Angehörigen der Wehrmacht“, so erklärte der amerikanische Ankläger, „beteiligten sich nicht nur an den Plänen, sondern auch an der Ausführung der Verbrechen. Sie befürchteten, in einen Krieg verwickelt zu werden, ehe sie genügend vorbereitet waren, aber sie wollten eine große Armee und die militärischen und strategischen Vorteile, welche durch die Eroberung von Österreich und der Tschechoslowakei für Deutschland entstanden sahen. Wir haben es nicht nur mit den Generalen in Berlin zu tun, sondern auch mit den Kriegsherrn, welche die Wehrmacht im Felde befehligten.“

Presseprotest beim Länderrat

Stuttgart, 30. August. (denn) Im Anschluß an eine Pressekonferenz, die am 23. August im Länderrat stattfand, richteten acht Journalisten deutscher Zeitungen und Nachrichtenagenturen ein Schreiben an die Pressestelle des Länderrates, in dem sie gegen die nach ihrer Ansicht unzureichende Information der deutschen Presse durch die Pressestelle protestierten.

In der regulären wöchentlichen Pressekonferenz des Länderrates am 23. August gab nach Mitteilung der anwesenden Journalisten der Presseferret des Länderrates, Herbert Eckert, sich Schreiben aus, das den Vermerk trug: „Nur zur persönlichen Information nicht zum Abdruck geeignet“. Der stellvertretende Generalsekretär Dr. Hans Wulfoher habe diesen Vermerk dann dahingehend zu erklären versucht, daß auf diese Art und Weise eine „Uniformierung“ der Presse vermieden werden solle. Er habe ferner betont, daß jeder heutzutage seinen eigenen Vorstellungen und Interessen freien Lauf lassen müsse, um so wissen, was vor sich gehe.

Das Protokoll, das der Prozesstelle am 27. August übermittelte wurde, ist unterzeichnet von folgenden Vertretern deutscher Zeitungen und Nachrichtenagenturen: Kettner (Der Silberstreifen), Dr. R. Hütel (Gegner Neue Presse), Reinhold (Radio Stuttgart), Appel („Neue Zeitung“), Bösch (denn), Wisselink („Stuttzarter Zeitung“), Treff („Der Morgen“, Mannheim) und Krumnow („Heilbronner Stimme“).

Generalsekretär Roßmann antwortet Der Generalsekretär des Länderrates, Erich Roßmann, nahm in einer Pressekonferenz am Freitag, 30. August, (denn) im Anschluß an eine Pressekonferenz, die am 23. August im Länderrat stattfand, richteten acht Journalisten deutscher Zeitungen und Nachrichtenagenturen ein Schreiben an die Pressestelle des Länderrates, in dem sie gegen die nach ihrer Ansicht unzureichende Information der deutschen Presse durch die Pressestelle protestierten.

In der regulären wöchentlichen Pressekonferenz des Länderrates am 23. August gab nach Mitteilung der anwesenden Journalisten der Presseferret des Länderrates, Herbert Eckert, sich Schreiben aus, das den Vermerk trug: „Nur zur persönlichen Information nicht zum Abdruck geeignet“. Der stellvertretende Generalsekretär Dr. Hans Wulfoher habe diesen Vermerk dann dahingehend zu erklären versucht, daß auf diese Art und Weise eine „Uniformierung“ der Presse vermieden werden solle. Er habe ferner betont, daß jeder heutzutage seinen eigenen Vorstellungen und Interessen freien Lauf lassen müsse, um so wissen, was vor sich gehe.

General Taylor, der die rechtliche Stellung der „Gruppe“ der beteiligten Generale im ersten Teil seiner Ausführungen noch einmal definierte, stellte fest: „Wir haben es nicht mit dem gewöhnlichen Masse der Wehrmacht zu tun, der die deutschen Wehrdienstverpflichteten, und zwar dem Offiziers, ehrenreichen und tüchtigsten deutschen Offiziere. Die Mitglieder des Generalstabes und des Oberkommandos der Wehrmacht waren zivile Berufsbeamten, die miteinander um die Ehre, Würde und Ehre eines Offiziers rangkämpften. Sie stiegen in der Wehrmacht zusehender auf, wie ein ehrgeiziges Parteilichem zum Kreisleiter oder Gauleiter aufstiegen ist.“

„Die militärischen Leiter“, so erklärte der amerikanische Ankläger, „beteiligten sich nicht nur an den Plänen, sondern auch an der Ausführung der Verbrechen. Sie befürchteten, in einen Krieg verwickelt zu werden, ehe sie genügend vorbereitet waren, aber sie wollten eine große Armee und die militärischen und strategischen Vorteile, welche durch die Eroberung von Österreich und der Tschechoslowakei für Deutschland entstanden sahen. Wir haben es nicht nur mit den Generalen in Berlin zu tun, sondern auch mit den Kriegsherrn, welche die Wehrmacht im Felde befehligten.“

„Der von der Wehrmacht in den eroberten Gebieten begangenen Verbrechen anderen Angehörigen der Wehrmacht“, so erklärte der amerikanische Ankläger, „beteiligten sich nicht nur an den Plänen, sondern auch an der Ausführung der Verbrechen. Sie befürchteten, in einen Krieg verwickelt zu werden, ehe sie genügend vorbereitet waren, aber sie wollten eine große Armee und die militärischen und strategischen Vorteile, welche durch die Eroberung von Österreich und der Tschechoslowakei für Deutschland entstanden sahen. Wir haben es nicht nur mit den Generalen in Berlin zu tun, sondern auch mit den Kriegsherrn, welche die Wehrmacht im Felde befehligten.“

„Der von der Wehrmacht in den eroberten Gebieten begangenen Verbrechen anderen Angehörigen der Wehrmacht“, so erklärte der amerikanische Ankläger, „beteiligten sich nicht nur an den Plänen, sondern auch an der Ausführung der Verbrechen. Sie befürchteten, in einen Krieg verwickelt zu werden, ehe sie genügend vorbereitet waren, aber sie wollten eine große Armee und die militärischen und strategischen Vorteile, welche durch die Eroberung von Österreich und der Tschechoslowakei für Deutschland entstanden sahen. Wir haben es nicht nur mit den Generalen in Berlin zu tun, sondern auch mit den Kriegsherrn, welche die Wehrmacht im Felde befehligten.“

„Der von der Wehrmacht in den eroberten Gebieten begangenen Verbrechen anderen Angehörigen der Wehrmacht“, so erklärte der amerikanische Ankläger, „beteiligten sich nicht nur an den Plänen, sondern auch an der Ausführung der Verbrechen. Sie befürchteten, in einen Krieg verwickelt zu werden, ehe sie genügend vorbereitet waren, aber sie wollten eine große Armee und die militärischen und strategischen Vorteile, welche durch die Eroberung von Österreich und der Tschechoslowakei für Deutschland entstanden sahen. Wir haben es nicht nur mit den Generalen in Berlin zu tun, sondern auch mit den Kriegsherrn, welche die Wehrmacht im Felde befehligten.“

Zum jugoslawischen Zwischenfall

Belgrad, 30. August. (denn) General Velebit, der stellv. jugoslawische Außenminister, erklärte am 28. d. Ms., daß die Zwischenfälle, die den Amerikaner Piloter verursachten, bedauerlich seien und das tiefste Mitleid und die Trauer Jugoslawiens erregt hätten. Nachdem Marshall Tito dem amerik. Botschafter Paterson gegenüber versichert habe, daß Befehl zur Verhinderung derartiger Zwischenfälle gegeben werden soll, erwiderte sich der Vorschlag, in Zukunft amerik. Transportflugzeugen Jadschutz beizugeben.

Marshall Tito drückte in einer dem amerikanischen Botschafter übermittelten Botschaft erneut sein Bedauern über die Zwischenfälle aus.

Sowjet. Botschafter in Griechenland kehrt nach Moskau zurück

Athen, 30. August. (denn) Der sowjetische Botschafter in Griechenland, Admiral Rodionov, erklärte am Donnerstag dem amtierenden griechischen Außenminister, Stephanopoulos, daß er „in Anbetracht einer Mission“ nach Moskau zurückkehre.

Noch keine Abwehr gegen Atombombe

Baruch berichtet dem Atom Ausschuss der UN Washington, 30. August. (denn) Der amerikan. Vertreter im Atom Ausschuss der UN, Bernard Baruch, erklärte, daß die Ver. Staaten keine andere Alternative hätten, als ihr Rüstungsprogramm fortzusetzen, falls die UN den Frieden nicht sichern könne.

Furchbare Enthüllungen des Fernost-Tribunals

Tokio, 30. August. (denn) Das Fernost-Tribunal zur Aburteilung von Kriegsverbrechen enthält am Donnerstag an Hand vieler Dokumente und der Aussagen Überlebender, daß bei der Einnahme von Nanking im Jahre 1937 japanische Truppen 280 000 Chinesen ermordeten.

Interessantes in Kürze

Anklage der Spionage, Sabotage und Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion. Sie arbeiteten im Auftrage Janus. Frankfurt. Die erste Luftpostsendung aus den Ver. Staaten für Deutschland ist am Donnerstag auf dem Rhein-Main-Flughafen in einer D 54-Maschine eingetroffen. Der Luftpostdienst wird zu nächst an jedem Donnerstag durchgeführt. Ab 15. September wird wöchentlich zweimal Luftpost eintreffen. Bad Nauheim. Nach einem längeren Verfahren wegen Mißhandlung amerikanischer Soldaten in dem Gefängnis Lichfeld (England) während des Krieges, verurteilte ein amerikanisches Kriegsgericht den Kommandeur des Lazars, Oberst James A. Kilian, zu einer Geldstrafe von fünf hundert Dollar und erteilte ihm einen offiziellen Tadel.

fen. Mit ihm haben sie vorläufig eine Welt erreicht, in der Macht alles bedeutet, mit ihm haben sie die Welt in einen Krieg gestürzt und Schrecken und Zerstörung über den europäischen Kontinent verbreitet. Dies war kein Krieg, dies war ein Verbrechen. Dies war nicht Soldatentum, dies war Barbarei. Dies muß einmal ausgesprochen werden. Wir können nicht die Geschichte nicht abändern, aber wir können danach trachten, daß sie wahrheitsgemäß beschrieben wird.“

(denn) Sonderberichterstatter Arno Kretschmer. In seinem Plädoyer für die SS, das Dr. Horst Pelckmann bezann, versuchte er, den Beweis zu erbringen, daß die SS von Hitler „verpflichtet“ worden sei. Er wollte weiter nachweisen, daß Gestapo und SD für die der SS zur Last gelegten Verbrechen verantwortlich seien.

„Ich klage jeden einzelnen Verbrecher an, der dieser Organisation angehört“, sagte Dr. Pelckmann, „aber ich warze die Welt vor der Bestrafung eines Massenverbrechens.“

Die Gestapo war schuld Auch der Verteidiger des SD, Dr. Gawlik, versuchte in seinem Plädoyer die von der Anklage gegen die SD zur Last gelegten Verbrechen anderen Organisationen hauptsächlich der Gestapo, zuzuschreiben. „Zur SS-Formation SD“, so führte Dr. Gawlik aus, „gehörten alle Personen, die SS-Mitglieder oder SS-Anwärter waren und bei der Sicherheitspolizei oder bei anderen politischen Organisationen beschäftigt waren.“

Auch die Acnter VI und VII seien als SD bezeichnet worden. Die Mitteldienst SD sei nicht freiwillig gewesen, erklärte Dr. Gawlik. Es sei das Unzük des SD, mit der Sicherheitspolizei verwechselt zu werden.

Die Verhandlungen vor dem Nürnberger Gericht sollen bis zum Ende dieser Woche abgeschlossen werden, erklärte Oberstaatsanwalt Lawrence im Verlaufe der Dienstbesprechung. Die Beratungen über das Urteil und dessen Verkündung sind in diesem Termin nicht eingeschlossen.

„Wir wollen nicht das deutsche Volk bestrafen“

Kurz vor Beendigung der Mittwochsitzung begann der britische Hauptankläger Sir David Maxwell-Fyfe seine Schlussrede gegen die angeklagten Organisationen. Sir David erinnerte das Gericht zunächst an Hitlers Worte aus dem Reichstagswort im Jahre 1938: „Es gibt keine Organisation, die nicht nationalsozialistisch ist.“

„Wir wissen jetzt“, so fuhr Sir David fort, „wie der Nationalsozialismus gewirkt hat, daß er auf Deutschland einen Polizeistaat machte, der jeden Widerstand gewaltsam unterdrückte.“ Im folgenden schilderte der britische Hauptankläger die Rollen, welche den verschiedenen angeklagten Organisationen bei der Unterdrückung des deutschen Volkes zufielen.

„Ich wiederhole“, so sagte Sir David, „was Justice Jackson schon zu Beginn des Prozesses gesagt hat: Wir wollen nicht das ganze deutsche Volk bestrafen, wir wollen ihm die Gelegenheit geben, wieder die Freundschaft der Welt zu erlangen. Das ist aber unmöglich, wenn nicht die Schuldigen bestraft werden und wenn nicht diejenigen, die in Deutschland das Recht vertreten, gesühnt werden.“

Zum jugoslawischen Zwischenfall

Belgrad, 30. August. (denn) General Velebit, der stellv. jugoslawische Außenminister, erklärte am 28. d. Ms., daß die Zwischenfälle, die den Amerikaner Piloter verursachten, bedauerlich seien und das tiefste Mitleid und die Trauer Jugoslawiens erregt hätten. Nachdem Marshall Tito dem amerik. Botschafter Paterson gegenüber versichert habe, daß Befehl zur Verhinderung derartiger Zwischenfälle gegeben werden soll, erwiderte sich der Vorschlag, in Zukunft amerik. Transportflugzeugen Jadschutz beizugeben.

Sowjet. Botschafter in Griechenland kehrt nach Moskau zurück

Athen, 30. August. (denn) Der sowjetische Botschafter in Griechenland, Admiral Rodionov, erklärte am Donnerstag dem amtierenden griechischen Außenminister, Stephanopoulos, daß er „in Anbetracht einer Mission“ nach Moskau zurückkehre.

Noch keine Abwehr gegen Atombombe

Baruch berichtet dem Atom Ausschuss der UN Washington, 30. August. (denn) Der amerikan. Vertreter im Atom Ausschuss der UN, Bernard Baruch, erklärte, daß die Ver. Staaten keine andere Alternative hätten, als ihr Rüstungsprogramm fortzusetzen, falls die UN den Frieden nicht sichern könne.

Das freie Wort

Herr Erik Stranz, Ettlingen, schreibt an „Herrn Danneberg, seitdem Zedens CDU-Bürgermeister von Langensteinbach, hat in seiner kürzlich veröffentlichten, etwas dürftigen Erwiderung auf die Anfrife des Kreisverbandes der SPD die Darstellung der Entlassung des ehem. Ratschubers Uckele im, zugeben, die einer kleinen Debatte, Danneberg's Schilderung ist dazu anzusetzen, daß die Materie nicht vertrauten Lesern, sondern dem Eindruck zu erwecken, als hätte ich den Ratschubers Uckele, der — wie wir hören — im Jahre 1937 der NSDAP beitreten „mußte“, aus einem Machtvollkommenheit entlassen. Dem war eine Uckele's fristlose Entlassung wurde durch die Militärregierung verfügt. Sie erfolgte auch nicht erst ein Paß werden „mußte“, sondern er als bekannter und durchaus waschechter Sozialist in der politisch und administrativ wichtigen Stellung eines Ratschubers den Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Ratschubers Uckele, der sich kurzfristigen Verweigerung der Besatzungsbefehl aus nicht eine Stunde länger tragbar erlassen. Zu jener Zeit wehte im Landkreis Karlsruhe das Höhenfließen einer entscheidenden antinazistischen Politik. Dennoch hat es mir zu verbinden, daß der Gemeinde Langensteinbach aus einer unrichtigen Erwähnung der Rats

